

Es gilt das gesprochene Wort

Fachvortrag Ulrich Krause-Heiber, GD regio

Die Zukunft der Regionalpolitik

Zunächst einmal möchte ich entschuldigen, dass Herr Generaldirektor Ahner heute aus terminlichen Gründen verhindert ist. Er hat mich deshalb gebeten, an dieser Messe teilzunehmen und ich freue mich natürlich sehr darüber. Ich vertrete das Referat "Deutschland und Niederlande" in der Generaldirektion Regionalpolitik und bin hier in Begleitung meiner Kollegin, der für Niedersachsen zuständigen Referentin.

Ich sehe in dieser Veranstaltung zwei Qualitäten, die mir besonders wichtig erscheinen:

Zum einen die einmalige Gelegenheit, an der Regionalförderung Beteiligte und Interessierte zusammen zu bringen, zum anderen die Möglichkeit, einer breiten Öffentlichkeit gute Beispiele für die Umsetzung der europäischen Regionalpolitik in Niedersachsen zu präsentieren. In dieser Hinsicht betrachte ich diese Messe als "gute oder sogar beste Praxis"! Gelungene und vorzeigbare Projekte sind wesentlich für die Akzeptanz der europäischen Regionalpolitik sowohl auf europäischer als auch auf regionaler und lokaler Ebene, dies gilt für die Gegenwart genauso wie für die Zukunft.

Niedersachsen verfügt im Rahmen seiner insgesamt vier Operationellen Programme 2007-2013 über erhebliche EU-Mittel, die zusammen mit nationalen Mitteln eingesetzt werden, um den relativen Entwicklungsrückstand seiner Teilregion "Lüneburg" zu verringern, aber auch um strukturelle Schwächen in anderen Gebieten zu beheben. Regionale Ungleichgewichte lassen sich messen, insbesondere durch sogenannte Wohlstandsindikatoren wie das Bruttosozialprodukt oder auch durch Indikatoren für die Beschäftigung und die Ausstattung mit Infrastrukturen. Ich weiß, dass es in Niedersachsen eine Vielzahl guter und sehr guter Projekte gibt, die durch EU-Mittel mitfinanziert wurden und die ausgewählt wurden, um an den Stärken, aber auch an den Schwächen der niedersächsischen Wirtschaft anzusetzen.

Wie aber lassen sich die Erfolge darstellen, die mit Hilfe von Projekten erzielt werden? Gibt es Möglichkeiten, die Wirksamkeit europäischer Kohäsionspolitik nachzuweisen, und wie können diese Nachweise überzeugend dargestellt werden? Und welche Regionen werden in Zukunft noch von einer europäischen Regionalförderung profitieren können?

Genau an diesen Fragen setzt die öffentliche Debatte an, die wir seit einiger Zeit über die künftige Ausgestaltung der Kohäsionspolitik führen. Es besteht eine weitgehende Übereinstimmung darüber, dass die Effizienz der Politik erhöht werden muss. Die bevorstehende Reform des Haushalts der Europäischen Union zwingt alle Beteiligten dazu, darüber nachzudenken, wie mit möglicherweise weniger Mitteln was erreicht werden soll. Es geht also um den finanziellen Rahmen und um die "Architektur" der Kohäsionspolitik.

Um die Wirkung der europäischen Kohäsionspolitik zu erhöhen und sichtbar zu machen, wird es wahrscheinlich erforderlich sein, die verfügbaren EU-Mittel auf eine begrenzte Anzahl eng definierter Kernbereiche zu konzentrieren. Die Auswahl dieser Bereiche sollte auf Grundlage einer strategischen politischen Entscheidung erfolgen, an der die Europäische Union und die Mitgliedstaaten gleichermaßen beteiligt sind. Folgende Herausforderungen sollten in diesem Prozess eine besondere Rolle spielen:

Zum ersten, die Modernisierung der Wirtschaft, um europäische Regionen in die Lage zu versetzen, aktiv an der globalen Wissensgesellschaft teilzunehmen. Hier sind erhebliche Investitionen in die Forschung, die technologische Entwicklung, Innovation und in das sogenannte Humankapital, also die Menschen, erforderlich.

Zum zweiten, die Verbesserung der Nachhaltigkeit, insbesondere im Bereich der Umwelt. Die Kohäsionspolitik muss sich stärker als bisher der Aufgabe stellen, die Schadstoffemissionen zu senken und die Umweltqualität zu erhöhen. Ansatzpunkte bestehen bei Verkehrsprojekten, bei der Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnologie, und bei Umwelteinfrastrukturen.

Zum dritten werden die globalen Veränderungen auch den Arbeitsmarkt betreffen. Die Kohäsionspolitik nimmt deshalb eine wichtige Rolle ein bei der Erhöhung der Beschäftigung, bei Maßnahmen gegen den sozialen Ausschluss sowie bei der Integration von Migranten und anderen benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Niedersachsen befindet sich zweifelsohne auf einem guten Weg. Die Frage ist, ob es in Zukunft nicht erforderlich sein wird, noch gezielter auf die genannten Herausforderungen zu reagieren.

Wie gesagt, die Ergebnisse unserer Politik müssen besser vorhersehbar und messbar sein. Nur so lassen sich die beteiligten Seiten von der Notwendigkeit einer Kohäsionspolitik mit entsprechend großem finanziellen Einsatz überzeugen. Und ich beziehe mich hier nicht nur auf die Kommission und die Regionen, sondern ausdrücklich auch auf die Mitgliedstaaten insgesamt und das Europäische Parlament. Es müssen klare Ziele erarbeitet werden, und diese müssen überprüfbar sein.

In dieser Logik wäre es durchaus denkbar, dass Zahlungen an die Erreichung bestimmter Ziele geknüpft werden. Mit Hilfe einer verbindlichen Festlegung und regelmäßigen Auswertung von Kernindikatoren würden Programme besser miteinander vergleichbar sein und bessere Bewertungen ermöglichen. Dadurch ließe sich die Programmierung und die Aufteilung der finanziellen Mittel auf die Schwerpunkte auch genauer auf die strategischen Ziele ausrichten. Zudem ist denkbar, dass es Anreize zur Realisierung sehr guter Projekte mit ausgewiesenem europäischen Mehrwert gibt in Form von Auszeichnungen oder Veröffentlichungen, zum Beispiel von Ranglisten.

Zugegeben, diese Ideen sind noch Zukunftsmusik. Auf jeden Fall aber, und das lässt sich schon jetzt voraussagen, wird es eine intensivere und qualitativ

anspruchsvollere öffentliche Debatte über Fragen der Wirksamkeit der Kohäsionspolitik geben als zuvor.

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass die Kohäsionspolitik eine stabilisierende Funktion hat. Sie garantiert über viele Jahre feste Geldbeträge, ist strategisch auf "Lissabon" ausgerichtet und vor allem, sie investiert in die reale Wirtschaft. Sie ist darüber hinaus eine Politik der finanziellen Solidarität zwischen Geber- und Nehmerländern. Gegenwärtig profitieren alle Mitgliedstaaten und Regionen von dieser Politik. In Niedersachsen wird dieser Grundsatz besonders deutlich: das "Konvergenzgebiet Lüneburg" erhält fast ebenso viele Strukturmittel wie das übrige Fördergebiet, obgleich es nur etwa ein Fünftel der Bevölkerung Niedersachsens aufweist. Allerdings liegt "Lüneburg" beim BIP pro Kopf weit hinter den anderen niedersächsischen Gebieten zurück, aber deutlich über der Schwelle von 75% des EU-Durchschnitts (dem maßgeblichen Indikator für Konvergenzgebiete).

Dies führt mich zu einer weiteren Frage der gegenwärtigen Debatte: Kann man davon ausgehen, dass es weiterhin eine Strukturförderung für alle Regionen gibt? Und was geschieht mit den Regionen, die zwar – wie "Lüneburg" noch "Konvergenzregion" sind, die aber bei der Festlegung der Fördergebiete nach 2013 mit Sicherheit nicht mehr zu den ärmsten Gebieten der EU zählen werden?

Die Meinungen dazu sind geteilt: Die einen sagen, es solle auch in Zukunft eine Kohäsionspolitik "für alle" geben. Wachstumspotentiale, die der Wettbewerbsfähigkeit Europas insgesamt dienen, existieren schließlich in armen wie in reichen Regionen. Entscheidend für diese These ist, dass die Möglichkeiten vor Ort erkannt und umgesetzt werden. Zudem sollte die Rolle der Kohäsionspolitik in Bezug auf eine Ausgleichsfunktion zwischen armen und reichen Regionen intensiviert werden. Eine noch stärkere Ausrichtung auf die "Lissabon-Agenda" wäre ein erstes Ziel. Nationale Politikbereiche, die der Umsetzung der Lissabonstrategie dienen, könnten besser in die Operationellen Programme integriert werden, und lokale und regionale Partner sollten stärker in diesen Prozess eingebunden werden.

Zudem sollte die Kohäsionspolitik eine nachhaltige Entwicklung fördern. Der Kampf gegen den Klimawandel ist mittlerweile zu einem Schlüsselthema in Europa geworden. Die Maßnahmen der Kohäsionspolitik können zur Abmilderung der Auswirkungen und gleichzeitig zur Anpassung an diese beitragen.

Schließlich sollte die Zusammenarbeit über die Ländergrenzen hinweg intensiviert werden. Viele Probleme entstehen grenzüberschreitend und sind nur auf diese Weise zu lösen. Die kürzlich verabschiedete "Ostseestrategie" und die für nächstes Jahr ins Auge gefasste "Donaustrategie" unterstreichen diesen Ansatz. Und auch die Entwicklung einer "Mittelmeerstrategie" ist nun nicht mehr auszuschließen.

Wichtig ist auf jeden Fall: die Politik müsste noch effektiver umgesetzt werden. Um ein besseres Gleichgewicht zwischen "Leistung", "Vereinfachung" und "finanzieller Abwicklung" zu erreichen, wäre es notwendig, die Verwaltungs- und Kontrollsysteme enger mit der Art der Intervention zu verknüpfen. So sollten bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik die Ergebnisse und die Wirksamkeit im Vordergrund stehen. Ich denke in diesem Zusammenhang auch an mehr Experimentierfreude bei der

Entwicklung potentieller Vorhaben und an verbesserte Angebote an neuen Finanzierungsinstrumenten für kleine und mittlere Unternehmen.

Niedersachsen hat bewiesen, dass es in Teilbereichen durchaus zu Experimenten bereit ist. Mit der Genehmigung einer erheblichen EFRE-Beteiligung zugunsten des "Innovations-Inkubators" in Lüneburg haben sowohl das Land als auch die Kommission in gewissem Sinne Neuland betreten. Der größte Ausgabenblock besteht bei diesem Projekt aus Kosten für wissenschaftliches Personal, das zur Entwicklung des innovativen Potentials der Region eingesetzt werden soll. Und auch bei der betrieblichen Förderung im Rahmen der Regionalisierten Teilbudgets hat Niedersachsen neue Wege beschritten.

Die Region Lüneburg wird 2013 aller Voraussicht nach ihren Status als "Konvergenzregion" verlieren. Andere europäische Regionen werden aus eigener Kraft die 75%-Schwelle überschreiten. Sollte es keine Übergangsregelung geben, wären in beiden Fällen die finanziellen Konsequenzen erheblich. Daneben stellt sich auch die Frage, ob die sogenannten "Übergangsmechanismen" nicht gerechter und weniger abrupt gestaltet werden sollten. Die Antworten werden vor allem politisch motiviert sein.

Diese Aspekte stehen natürlich in engem Zusammenhang mit der Frage, ob es in Zukunft überhaupt noch eine flächendeckende Förderung geben wird. Es gibt Stimmen, selbst innerhalb der Kommission, die für eine Abkehr von dieser Politik werben und dafür eintreten, in Zukunft tatsächlich nur die ärmsten Regionen der EU zu unterstützen. Andererseits erhalten wir deutliche Signale aus vielen Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament für die Beibehaltung einer umfassenden Förderung. Welcher Ansatz sich schließlich durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.

Bereits im Jahre 2011 will die Kommission ihre Verordnungsvorschläge vorlegen. Um die bisherige Debatte auszuwerten und weiter zu stimulieren, wird der für Regionalpolitik zuständige Kommissar Ende dieses Monats ein Orientierungspapier vorlegen. Eine hochrangige Expertengruppe aus Teilnehmern der Mitgliedstaaten und der Kommission wird sich in den nächsten Monaten mit den verschiedenen Themen auseinandersetzen, so zum Beispiel die Spanische Präsidentschaft mit der territorialen Zusammenarbeit, und die dann folgende Belgische Präsidentschaft mit den Fragen der Umsetzung, der Abgrenzung der Hauptschwerpunkte, der nachhaltigen Entwicklung und der Frage der Wettbewerbsfähigkeit. Im Herbst 2010 wird die Kommission dann ihren Fünften Kohäsionsbericht als Diskussionsbasis für die wesentlichen Grundzüge der künftigen Politik vorlegen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir auch nach 2013 eine Kohäsionspolitik haben werden, die den steigenden Ansprüchen an den Bedarf und an die Qualität genügen wird. Zunächst einmal wünsche ich den niedersächsischen Behörden und den an der Strukturpolitik Beteiligten viel Erfolg bei dieser EFRE/ESF-Messe!